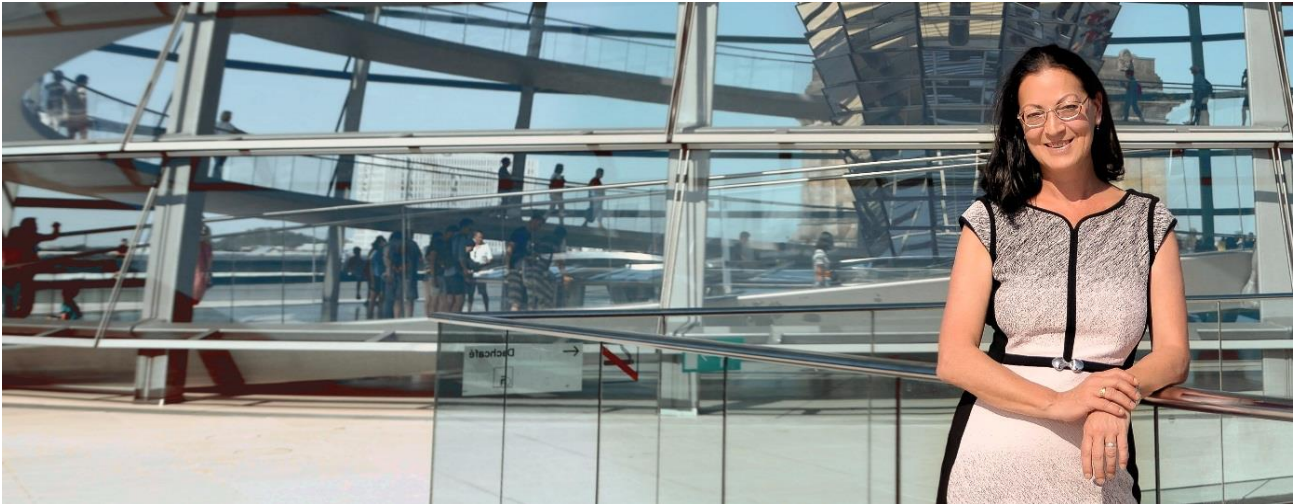


NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND



EIN WICHTIGER TAG FÜR MÜNCHEN

SPD SCHAFFT BEZAHLBAREN WOHNRAUM UND SCHÜTZT MIETER*INNEN VOR VERDRÄNGUNG

Nach langem Ringen mit der Union haben wir letzten Freitag endlich das Baulandmobilisierungsgesetz beschlossen, das auch ein Wohnraumsicherungsgesetz und Kommunenstärkungsgesetz ist.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass mehr und mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und gesichert wird und unsere Kommunen mehr Handlungsspielraum bekommen, gerade auch um gegen Spekulationen vorzugehen.

Das Gesetz ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des sozialen Friedens in Ballungsräumen, insbesondere auch bei uns in München.

- Auch dank der Hartnäckigkeit unserer Oberbürgermeister Dieter Reiter und Christian Ude kommt nun endlich das hart erkämpfte **Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen** – für das gesamte Stadtgebiet! Zugleich schließen wir eine bisherige Lücke, nämlich die 7-Jahres-Ausnahmeregel in Erhaltungssatzungsgebieten. Wir beenden damit das Geschäftsmodell von Entmietung und Umwandlungsspekulation. Jetzt ist der Freistaat gefordert, die nötige Rechtsverordnung zügig zu erlassen.
- Mit der Baugesetzbuchnovelle können unsere Kommunen künftig bestimmen, dass in unbeplanten Innenstadtlagen – in München sind das die Mehrheit der Flächen – nicht nur Luxuswohnraum, sondern mindestens ein bestimmter **Anteil geförderter Wohnungen** gebaut wird. So sorgen wir im Baurecht dafür, dass wieder mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.
- Wir stärken die Kommunen beim **Vorkaufsrecht** – durch eine Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet und durch eine Verlängerung der Ausübungsfrist. Und wir haben ein preisgedämpftes Vorkaufsrecht durchgesetzt, damit nicht weiterhin spekulative Marktpreise, sondern der Verkehrswert bezahlt werden muss.
- Bei der Anwendung von **Baugeboten** geben wir den Kommunen ein geschärftes Instrument an die Hand, damit Grundstücke in angespannten Wohnungsmärkten nicht spekulativ liegen gelassen werden. Denn Eigentum muss auch dem Allgemeinwohl dienen.
- Damit schneller gebaut wird, beschleunigen wir Verfahren und erleichtern Nachverdichtungen, Aufstockungen und Dachgeschossausbauten.

MAI 2021

Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz setzen wir die größte Baurechtsreform seit Bestehen um und legen wichtige Grundsteine für mehr bezahlbaren Wohnraum. Jetzt müssen die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und dürfen ihre Kommunen und die Mieter*innen nicht im Stich lassen. Der Freistaat ist am Zug.

*Hier geht es zu meiner Rede dazu im Deutschen Bundestag
Hier findet sich eine umfassende Erläuterung*

ÄNDERUNG IM BAURECHT

CLUBS SIND KULTUR

Ebenfalls am Freitag haben wir im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend beschlossen, dass Musikclubs und Live-Spielstätten baurechtlich als **Anlagen für kulturelle Zwecke anerkannt** werden und die **Lärmvorschriften** der sog. TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) **flexibilisiert** werden.

Mit dieser Initiative, die ich mit Kolleg*innen von Linken, FDP, Grünen und Union im „Parlamentarischen Forum Clubkultur“ erarbeitet habe, bekennen wir uns zum Erhalt der Clubkultur und der immer stärker unter Druck geratenen Live-Musikspielstätten. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Kulturorte endlich aus der „Schmuddelecke“ von Vergnügungsstätten und des Rotlichtmilieus herauszuholen. Das erleichtert den Betrieb von Clubs in Innenstädten, macht flexible und innovative Lösungen im Lärmschutz möglich und löst so Nutzungskonflikte mit heranrückender Bebauung.

Dies hilft übrigens nicht nur den Clubs und Live-Musikspielstätten, sondern gerade auch den unter den Corona-Folgen leidenden Innenstädten insgesamt. Wir ermöglichen damit flexible Zwischen- und Nachfolgenutzungen von leerstehenden Immobilien und sorgen dafür, dass die immer wieder geforderte urbane Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Freizeit und Wohnen Realität wird.

STADTENTWICKLUNGSBERICHT 2020

50 JAHRE STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Die Städtebauförderung unterstützt seit 1971 Städte und Gemeinden dabei, baulichen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu begegnen. Hinter der Erfolgsgeschichte, die auf Bundesbauminister Dr. Hans-Jochen Vogel und Bundeskanzler Willy Brandt zurückgeht, steht ein besonderer Ansatz: die Städtebauförderung als quartierbezogenes und integriertes Programm.

Mehr als 9.300 Gesamtmaßnahmen hat der Bund seither gefördert. 40 Mio. Euro an Bundesmitteln flossen seither in den Münchner Osten: Davon über eine Mio. Euro für den Denkmalschutz im historischen Ortskern Ramersdorf, 10,5 Mio. Euro aus den Programmen „Soziale Stadt“ und „Zukunft Stadtgrün“ im Gebiet „Mittlerer Ring Südost“ und 26 Mio. Euro für die Sanierung und Entwicklung von Haidhausen-Süd. Normalerweise finanzieren Stadt und Freistaat die Maßnahmen jeweils in gleicher Höhe mit. Jeder Euro, der in die Städtebauförderung investiert wird, löst im Schnitt weitere sieben Euro überwiegend im regionalen Handwerk aus. Nachdem Schwarz-Gelb die Städtebauförderung drastisch gekürzt hatte, stellen wir **jährlich rund 790 Millionen Euro für die Städtebauförderung** bereit. Letztes Jahr haben wir die Bund-Länder-Programme neu aufgestellt. Die Teilprogramme „Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“ sowie „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ sprechen die aktuellen Problemlagen nun gezielter an.

Mehr dazu

AUSSETZUNG DER INSOLVENZANTRAGSPFLICHT

ES STEHEN TAUSENDE JOBS AUF DER KIPPE

Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht ist ausgelaufen. Wochenlang haben wir auf eine erneute Verlängerung für diejenigen Unternehmen gedrängt, bei denen sich die Auszahlung der Corona-Hilfen durch das CDU-geführte Wirtschaftsministerium unverschuldet verzögert hat. Dies hat die Union abgelehnt.

Nun stehen bei den betroffenen Unternehmen tausende Jobs auf der Kippe. Hier werden Wirtschaftsstrukturen zerstört, die auf Dauer verloren sind. Auch Wirtschaftsverbände wie die Dehoga oder der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels HDE stimmen uns hier zu. Wir werden nächste Woche einen letzten Versuch unternehmen, mit der Union die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht um weitere zwei Monate zu vereinbaren.

Mehr dazu

ANPASSUNGEN IN DER HANDWERKSORDNUNG

INTERESSEN VON BESCHÄFTIGTEN IM HANDWERK STÄRKEN

Wir haben letzte Woche auch Anpassungen in der Handwerksordnung beschlossen. Die Löhne im Handwerk liegen oftmals deutlich unter dem Lohnniveau der Industrie. Wir **stärken** nun die **Tarifbindung im Handwerk** und nehmen die Innungen stärker in die Pflicht, sich als Tarifpartner zur Verfügung zu stellen. Das ist notwendig, weil nur noch 30 Prozent der Arbeitsverträge im Handwerk tarifvertraglich geregelt sind. Da verwundert es nicht, dass dringend benötigte Fachkräfte fehlen. Das Handwerk verliert für junge Menschen und für gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr und mehr an Attraktivität. Außerdem werden künftig die Gewerkschaften bei den Prüfungsverfahren beteiligt.

Mehr dazu

TARIFLÖHNE IN DER ALTENPFLEGE

PFLEGELÖHNE PER GESETZ ERHÖHEN!

Eigentlich wollte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil Tarifverträge in der Pflege für allgemeinverbindlich erklären. Das ist leider am Veto der kirchlichen Träger und dem Widerstand großer privater Arbeitgeberverbände gescheitert. Deshalb hat er gemeinsam mit Vizekanzler Olaf Scholz die Initiative für ein **Pflege-Tariftreue-Gesetz** ergriffen. Konkret bedeutet das: Geld aus der Pflegeversicherung bekommen Träger von Pflegeeinrichtungen nur noch, wenn sie ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Im Schnitt sind so für Vollzeitkräfte über 300 Euro mehr im Monat möglich. Gesundheitsminister Jens Spahn legte einen Gegenvorschlag vor, der sich als nicht umsetzbar erwies. Er steht nun in der Verantwortung, einen soliden Finanzierungsvorschlag zu machen. Je länger die Union auf der Bremse steht, desto länger werden den Pflegekräften bessere Arbeits- und Lohnbedingungen vorenthalten.

Mehr dazu

GUTES LERNEN UND AUFHOLEN IST MEHR ALS NACHHILFE

ZWEI-MILLIARDEN-AKTIONSPROGRAMM „AUFHOLEN NACH CORONA FÜR KINDER UND JUGENDLICHE“

Kinder und Jugendliche müssen einige Entbehrungen in der Pandemie hinnehmen. Der tägliche Unterricht im Klassenraum, Klassenfahrten, Jugendarbeit und Sport im Verein fallen weg. Daraus darf ihnen in ihrer Bildungslaufbahn kein Nachteil entstehen. Darum haben wir für ein Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Mit einer Milliarde sollen Maßnahmen finanzieren, um **Lernrückstände aufzuholen**. Eine Milliarde fließt in frühkindliche Bildung, die Begleitung von Kindern & Jugendlichen in Alltag und Schule – aber auch in Freizeit-, Ferien und Sportaktivitäten, weil gutes Lernen und Aufholen für uns mehr ist als ein paar Stunden Nachhilfe. Damit Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien überhaupt Freizeit- und Ferienangebote wahrnehmen können, unterstützen wir sie mit **100 Euro Freizeitbonus pro Kind**.

Mehr dazu

MEHR ALS NUR SCHULE

RECHTSANSPRUCH GANZTAGSBETREUUNG KOMMT

Wie wichtig eine **verlässliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für Kinder wie Eltern** ist, hat die Corona-Pandemie in aller Schärfe gezeigt. Eine gute Ganztagsbetreuung schafft gerechtere Bildungschancen, ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ein großer Schritt hin zu mehr Gleichstellung. Vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt besteht schon jetzt ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Diese Woche hat Familienministerin Franziska Giffey einen Gesetzesentwurf für ein **Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder** durch das Kabinett gebracht. Es geht um ein Angebot. Eine Pflicht, das Angebot zu beanspruchen, wird es selbstverständlich nicht geben. Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, haben wir bereits ein Sondervermögen des Bundes in Höhe von 3,5 Milliarden Euro eingerichtet. Darüber hinaus ist der Bund auch bereit, sich an den Betriebskosten zu beteiligen: mit 100 Mio. jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Mio. pro Jahr. In den nächsten Wochen werden wir den Entwurf im Bundestag diskutieren.

Mehr dazu

CLAUDIA TAUSEND MDB

*stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales*

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de



**Soziale
Politik für
Dich.**